

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlik, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Wälden St. Nikolaus, St. Jakob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllern, Stuhlschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 26.

Hauptinspektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang. Sonnabend den 1. Februar

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Milchversorgung der Stadt Lichtenstein.

I. Ausschließlicher Verkauf der Voll- und Magermilch an die Verbraucher in der Milchstraße.

Um eine möglichst gerechte Verteilung auf die Bevölkerung zu gewährleisten, wird die Milch (Voll- und Magermilch) künftig nur noch in der städtischen Milchstraße verkauft. Ein unmittelbarer Verkauf an die Verbraucher durch Milchhändler oder Milchzengerer ist nicht mehr statthaft.

II. Ablieferungszwang für Milchhändler und Milchzengerer. Alle Händler und Erzeuger von Milch dürfen letztere an Verbraucher nicht mehr verkaufen, sind vielmehr verpflichtet, die sämtliche Milch an die städtische Milchstraße abzuliefern.

Vorstehendes wird hierdurch unter Bezug auf § 7 verbunden mit § 16 Absatz 1 Nummer 2 der Bundesratsverordnung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Zuwiderhandlungen strengstens bestraft werden.

Lichtenstein, 20. November 1917.

Der Stadtrat.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit wiederholt zur genaueren Beachtung eingeschärft. Die Schutzmannschaft ist angewiesen worden, die Durchführung gewissenhaft zu überwachen.

Stadtrat Lichtenstein, am 31. Januar 1919.

Krankenhaus Lichtenstein.

In den Sälen der Verpflegung im Krankenhaus (Julespital) wie sie letzter bestanden, d. h. zu dem Tarife vom 25. Mai 1907 mit dem bestehenden Zuschlag von 1.— M., nach der Bekanntmachung vom 28. März 1918, wird vom 1. Februar ds. Jt. ab ein Teuerungszuschlag von 33 1/2% unter Abrechnung auf volle Zehnpfennige nach oben erhoben.

Stadtrat Lichtenstein, am 31. Januar 1919.

Speisefett-Verkauf in Callenberg

Sonnabend, den 1. Februar 1919, 50 Gramm für 52 Pf. gegen Fettmark Y. Nr. 1-600 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 601-1200 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 1201-1800 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 1801-2400 vorm. 11-12 Uhr, Nr. 2401-Schluss mittags 12-1 Uhr.

Auslandszucker

Wir sind in der Lage, marktfreien Auslandszucker zu beschaffen. 100 Gr. kosten 70 Pf. Wer solchen Zucker beschaffen will, mag sich bis zum 2. Februar mittags bei Herrn Poser in eine dort ansitzende Liste eintragen.

Fleischverkauf

Sonnabend, den 1. Februar 1919 bei Härtig, Schubert, Schramm und Michael.

200 Gramm für Erwachsene) Fleisch und
100 Gramm für Kinder unter 6 Jahren) Wurst

Gastwirte und Urlauber nur bei Michael.

Der Ortsnährungsanschnß für Callenberg.

Bezirksverband.
R. G. Nr. 125. M.
Auf Koordination des Bundesgesundheitsamtes werden ab 3. Februar 1919 die Schwerstarbeiterzulagen nur noch an Bergarbeiter und Eisenbahner gewährt. Für alle übrigen bisher als Schwerstarbeiter anerkannten Personen sollen von diesem Tage an die Schwerstarbeiterzulagen weg.
Blanzau, den 25. Januar 1919.
Kantonsarzt Dr. h. v. W. L. d.

Realgymnasium mit Realschule

— Reformlehranstalt mit gemeinsamem Unterbau —
zu Glauchau.

Anmeldungen für die Osteraufnahme werden von dem Rektor in seinem Amtszimmer am 3., 4. und 5. Februar von 12-1 und 5-6 Uhr entgegen genommen. Beibringen sind Geburts- oder Taufzeugnis, Impf- (Wiederimpf-)schein und letzte Schulzeugnisse. Bei Konfirmierten auch der Konfirmationschein. Aufnahmeprüfung am 28. April von 8 Uhr vormittags ab.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die Berliner Arbeiter verlangen Bezahlung der Demonstrationstage, die Arbeitgeber verweigern sie, eine Einigung konnte noch nicht erzielt werden.

* Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschließen, Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Kaiser zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate lang in Treue und beispielloser Pflichterfüllung vor hohem aus der Abrüstung unseres Heeres geleitet hat.

* „Libre Parole“, schreibt: Die französische Presseleitung hält die allgemeine militärische Lage nach den letzten Waffenstillstandsbedingungen für so günstig, daß sie für die allgemeine Demobilisierung einwilligt. Mit der Entlassung von zehn Jahrgängen wird am 1. Februar begonnen. — Deutschland erhöht den Franzosen demnach nun als genaue Gewähr!

* Der spartakistische Oberbürgermeister von Düsseldorf lehnte einen Antrag der Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zur Festsetzung des Etats einzuberufen mit der Begründung ab, daß er für den ungehinderten Verlauf der Magistratsführung nicht eintreten könne, und daß er auch die Vertagung der Berliner Regierung, nach der die Stadtvertretungen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden sollen, nicht anerkenne.

* Der ukrainische Pressedienst meldet aus Kiew: Der Oberbefehlshaber der deutschen Truppen General Kirchbach, reiste am 18. Januar mit dem Generalstab und Pressebureau aus Kiew nach Deutschland ab. Die Fürsorge für die im Lande befindlichen deutschen Soldaten übernimmt der deutsche Soldatenrat in Kiew.

* Die Verhandlungen zwischen der sächsischen Regierung und den tschechischen Ministern sind nicht, wie dieser Tage von einer Zeitungs-Korrespondenz gemeldet wurde, als gescheitert zu betrachten. Je werden im Gegenteil fortgesetzt und versprechen, namentlich was die künftige wirtschaftliche Annäherung anlangt, einen guten Erfolg.

* Der Deutschen ist in Ungarn Selbständigkeit gewährt worden.

* Nach Wiener Meldungen sollen sich bei den tschechischen Truppen in Deutsch-Böhmen Rückzugsbewegungen bemerkbar machen; die Tschechen sollen von der Entente einen deutlichen Wink bekommen haben, Deutsch-Böhmen zu räumen. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

* Der amerikanische Kreuzer „New Mexico“ ist in West eingetroffen, um Wilson nach Amerika zurückzuführen. Der Präsident wird später nach Paris zurückkehren.

* Die Regierung lehnt es ab, dem Vorkriegsrat der Berliner A- und S.-Kette über die Vorgänge in derRAWALsche Reichenschaft abzulegen, sie sei nur der Kontrolle des Zentralrates unterstellt.

* In den nächsten Tagen wollen die Polen eine Angriffsaktion gegen Westpreußen in die Wege leiten, auch an der Posenen Front leben die Kämpfe wieder auf.

* Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs Dr. Pfeiffer ist der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich gesichert.

* In einem Leitartikel fordern die „Times“ im Interesse der Festigung der Lage und eines dauerhaften Friedens die möglichst baldige Anerkennung der Regierung Ebert-Scheidemann. Auf Grund der Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung sei die Entente ohne weiteres in der Lage, diese Anerkennung bald auszusprechen.

Selbständigkeitsklärung der Wenden.

Banzen, 30. Januar. Der wendische Nationalausschuß erläßt folgende Erklärung:

Die schärfste Verwahrung und Kundgebung unserer Verwundungsfürer veranlaßt uns, folgendes zu erwidern:

Der Zusammenstoß der Ober- und Niederländer Wenden in der kommenden, sich selbst veranlassenden Wende geschieht auf der von der deutschen Reichsregierung untertäuschlich anerkannten Grundlage und ist eine so gut wie vollendete unabänderliche Tatsache. Die Wahrung der natürlichen und wirtschaftlichen Rechte eines Volkstammes kann nicht

mal die Vergewaltigung eines anderen Volkes bedeuten. Die preussischen Wenden haben seit Jahrhunderten unter einer brutalen Germanisation in Kirche und Schule zu leiden. Den sächsischen Wenden sind die ihnen vom König und Regierung freiwillig zugesagten selbstverständlichen Rechte auf Mutter Sprache und Volkstum nicht gehalten worden. Die Uebermacht des Großgrundbesitzes beeinträchtigt die Landes- und Bezirksverwaltung. Die Zersplitterung, auch vielfach in reinen Bauerngemeinden, stehen dem Großgrundbesitz zu. Die künftigen Bauern kämpfen seit Jahrzehnten gegen das veraltete, die Bauerngemeinden schädigende Jagdrecht vergeblich an. Das den Rittergütern zustehende Vorkaufs- und Ankaufsrecht hat langsam, aber in immer wachsendem Umfange eine Bauernwirtschaft nach der anderen aufgekauft. Dadurch wurden freie Bauern in die Großstädte und in die Industriezentren getrieben, wo sie und ihre Nachkommen als Lohnknechte des Großkapitals tranden. Diese Zustände haben den Zusammenbruch des Deutschen Reiches mit veranlaßt. Jetzt trat eine glückliche und allmächtige Vorsehung die Gestaltung der Geschichte eines Bauernvolkes in seine eigene Hand. Wir nehmen nur die gewaltige Stunde der Weltneuzeit wahr. Die wendischen Kriegsgeschichten werden schon jetzt als Sühne eines freien und selbständigen Volkes angesehen und leben, sobald die weiteren Voraussetzungen erfüllt sind, in ihre Heimat zurück. In den Kriegsjahren wird das Wendenvolk nichts zu tragen haben. Es geht einer wirtschaftlichen Zukunft entgegen. Der Industrie werden bald Kohlen zur Verfügung stehen und ein aufnahmefähiger Weltmarkt offen stehen für diejenigen, welche den irdischen Ernt der Zeit nicht verfehlen, mögen glauben, mit Weltgerüst und papierenen Kundgebungen die Weltkultur zurückstellen zu können.

Banzen, den 25. Januar 1919.

des. Barth, Brhl.

Der Lauf der verhängten Wenden wird an die preussische und sächsische Regierung in einem Briefe verabschiedet.

... so daß sie einen Traum von Glück und Liebe, des Verrats des Geliebten und des Verfallens in Armut und Elend träumt. Glücklicherweise ist es für sie nur ein Traum, sie entflieht den Vorzügen und findet den Weg zur Sittlichkeit und Pflicht in die Obhut des Großvaters zurück. — Außerdem kommt noch ein köstliches Lustspiel „Mazzi als Kondukteur“ zur Aufführung.

Miswirtschaft mit militärischen Dienstverpflichteten. Beim Ministerium für Militärwesen in Dresden gehen fortgesetzt Anzeigen ein über Abhandlungen von Dienstverpflichteten, widerrechtliche Anweisung von solchen Dienstverpflichteten, welche aus Anlaß der Demobilisierung überzählig werden. Besondere Verurteilungen sind bei den Verhaftungen, Mißbrauch von Bierdekanten und deren Uebertragung an Unberechtigte, usw. Alle Handlungen dieser Art werden — wie das Ministerium mittelst — ungeschäftlich gerichtlich verfolgt; überdies wird jeder durch dessen Verschulden das Reichsvermögen auf diese Weise geschädigt wird, zum Schadenersatz herangezogen werden. Ausdrücklich wird bemerkt, daß auch die Soldatenräte nicht berechtigt sind, die hinsichtlich der überzählig werdenden Pferde beschaffenden Vorschriften des Demobilisationsplanes sowie die vom Reichsverwaltungsamt u. vom Ministerium für Militärwesen erlassenen Verfügungen nach eigenem Ermessen abzuändern und, daß sie vornehmendfalls für ihre Anordnungen strafrechtlich und verwaltungsrechtlich einstehen müssen.

Soldatenräte sämtlicher Garnisonen des 19. Korpsbezirks haben beschlossen, daß Anwerbungen von Freiwilligen nach dem Osten nicht mehr stattfinden. Dies beweist, daß die dringende Notwendigkeit der dauernden Verstärkung unserer Truppen dort völlig verkannt wird. Die Gefahr eines Einmarsches der feindlichen Truppen in Ostpreußen und das weitere Vordringen der Polen in Westpreußen und Polen, sowie die Bedrohung der einzigen Bahnlinie — West-Litauen — Warschau — Breslau — die unsere Ukrainetruppen der Heimat zuführt, nehmen aber von Tag zu Tag bedrohlicher zu; die dortigen Truppen kämpfen bereits gegen die Russen und werden, wenn abgeschritten, ausgedehntem einem entsetzlichen Hunger oder Preisgebenheit sein. Jetzt gilt es, allen Maßnahmen, die dem Schicksal unserer Heimat und der baldigen Rückkehr der weit in Feindesland befindlichen Volksgenossen dienen, keine Hindernisse zu bereiten, sondern sie mit allen Mitteln zu fördern. Das Ministerium für Militärwesen ist bekannt, daß die Soldatenräte nicht befähigt sind, derartige Beschlüsse zu fassen, und hat angeordnet, daß die unterbrochene Anwerbung von Freiwilligen für den Osten sofort wieder aufgenommen wird.

Prinztruppe sächsischer Truppen. Nach einem Telegramm der Heeresverwaltung vom 25. Januar hat der Transport der in und bei Chemnitz befindlichen sächsischen Truppen am 16. Januar begonnen. Soweit bekannt, sind beteiligt: Stab der 25. Landw. Div. u. Landw. Infanterie-Regiment 107 (ohne 1. Komp.), 3., 4. und halbe 11. Masch. Gen. Komp. Landw. Inf. Regt. 133, 4. Eskadron Garde-Reiter-Regt., 3., 6. und 9. Bataillon Feldartillerie-Regt. 148, Pion. Komp. 183, Div. Fernsprech-Abt. 14 und San. Komp. Nr. 639. Ueber den Verlauf der Transporte ist noch nichts bekannt geworden.

Warum die Kohlen so teuer sind. Der Bergbauverein für Ost- und Westpreußen schreibt uns: „Angeichts des ab 1. Januar 1919 eingetretenen außerordentlich hohen Preisanstieges für sächsischen Steinkohlen halten wir es für nötig, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß die Ursache auf Grund sorgfältiger Erwägungen ermittelt werden und eintreten mußten, um die neuen Forderungen der Bergarbeiter zu befriedigen, nicht aber um höhere Gewinne zu erzielen. Die Einführung des Achtstundentages, verbunden mit einem starken Rückgang der Arbeitsleistung, bedingt die Einstellung zahlreicher neuer Arbeitskräfte, nur um die höhere Förderleistung wieder zu erreichen. Gleichzeitig mußte den Arbeitern eine ganz wesentliche Erhöhung der Löhne (30 Proz. Zulage bei den Tagearbeitern und 25 Prozent Schichtlohn-Zulage bei den unterirdischen 70 Prozent Bedingungs-Ansprüche bei den Grubenarbeitern) gewährt werden, um jeden Anlaß zu einer weiteren Störung der jetzt so wichtigen Kohlenversorgung zu vermeiden. Außerdem tritt infolge der Steigerung der sozialen Lasten und Werten der Kohlenpreise usw. hinzu. Die jährliche neue Mehrerlöse der Bergwerke erreichten den siebenfachen Betrag des im Jahr 1917 gezahlten Dividenden.“

Ortmannsdorf. (Einbruch.) In der Nacht vom 28. zum 29. Januar wurde in der hiesigen Postagentur eingebrochen. Die Diebe drangen, nachdem sie ein Fenster in der Wohnstube eingedrückt hatten, zunächst in dieses ein. Hier durchsuchten sie die Möbel, sodann verschafften sie sich Zugang in das anliegende Dienstzimmer, wo sie die Kisten durchsuchten und Postsendungen öffnete, in denen sie Geld vermuteten. Auch versuchten sie den kleinen Geschäftsräum zu öffnen, wobei sie, von dem inzwischen nachgeworbenen Postbeamten, der über dem Dienstzimmer schlief, gestört wurden. Da der Postbeamte Lärm schlug, ergreifen die Diebe — 3 an der Zahl, von denen einer betraffet am Eingang Schmie-

te stand, während die beiden anderen eingebrungen waren — die Flucht und entkamen unerkannt. Während sie etwa 11 Mark Kleingeld und die Brotmarken der Familie mitgehen hielten, ließen sie einen Koffer und ein Stemmisen zurück.

Schöneck. (Gutmütige Politiker) beherbergt Kottengrün dort sollte am Sonntag eine von den Mehrheits-Sozialisten einberufene Wählerversammlung stattfinden und ein Redner von auswärts die Forderungen des Erfurter Programms den Kottengrünern mündgerecht machen. Da er nicht erschien, wurde die mit anwesende Ortsgeistliche, Piarre Deuze, von der Versammlung gebeten, einen Vortrag zu halten. Er tat dies und erntete für seine Ausführungen über die Stellung der politischen Parteien zur Kirche lebhaften Beifall.

Stadtverordneten-Sitzung in Lichtenstein.

Die erste Sitzung des neugewählten Stadtverordneten-Kollegiums fand gestern abend in Stadt Lichtenstein statt. Herr Bürgermeister Steiner wies nach begrüßenden Worten auf die Verantwortung hin, die mit dem Amte verbunden wäre und gab der Kollegsium Ausdruck, daß die Beschlüsse des neuen Kollegiums zum allgemeinen Wohl der Stadt gereichen mögen. Durch Handschlag wies er dann die Gewählten in ihr neues Amt ein.

Der nächste Punkt betraf die Wahl eines Vorstehers und dessen Stellvertreters. Nach längerer Debatte wurde Herr Schulmann Rudolf Mehlhorn als Vorsitzender und als Stellvertreter Herr Fabrikant Max Endesfelder gewählt.

Unter der Leitung des neuen Vorsitzenden wurden die Beratungen weitergeführt.

Ein Antrag, den 3. Punkt (Stadttratswahl betr.) für die öffentliche Sitzung zu verlegen, wurde abgelehnt. Längere Ansprache und nach Verlauf einer beinahe stündlichen und genehmigten Pause von 15 Minuten wurde zur Wahl geschritten. Als gewählt gingen hervor die Herren Kaufmann Hugo Göbe, Gewerkschaftsführer Robert Lippmann, Korrektor Emil Tuchs, Fabrikant Emil Pampel, und Brauereibesitzer Albin Kühn.

Dann wurden die Wahlen der verschiedenen Ausschüsse vorgenommen.

In der Umfrage wurde einer Anregung, die Sitzung künftig auf Montag festzusetzen, stattgegeben. Herr Stadtverordneter Weiß forderte, um die Arbeitslosigkeit zu heben, um dem Handwerk Arbeit zu schaffen, den Rat zu eruchen, alles in die Wege zu setzen, um die Bauertätigkeit zu heben, und damit zugleich der dringenden Wohnungsnot entgegenzutreten. In einer gemeinsamen Sitzung des Kollegiums mit dem Rat soll diese Frage eingehend erörtert werden. Auf ferneren Vorschlag des genannten Herrn soll der Rat noch erachtet werden, einer Erweiterung des Schulausschusses zuzustimmen, um den Eltern eine größere Vertretung zu sichern. Das Kollegium wählt von der Lehrerschaft Herrn Lehrer Schöck als Mitglied des Schulausschusses zu. Hiermit schloß der öffentlichen Sitzung.

Die öffentliche Versammlung der Deutsch-Demokratischen Partei im Hptm.

Der Vorsitzende Herr Fankhaenel eröffnete die Versammlung mit Begrüßungsworten an die Erschienenen, bedauerte, daß, wie sich jetzt allgemein zeigte — auch in den sozialdemokratischen Versammlungen — schon eine politische Überfälligkeit und Müdigkeit eingetreten sei. Das habe sich leider auch bei der Stadtverordneten-Wahl am letzten Sonntag bewiesen. Das sei um so bedauerlicher, da es sich bei dieser und auch bei der kommenden Wahl nicht etwa um eine weniger wichtige Wahl handle, als die erste gewesen sei. Er forderte die Anwesenden auf, zu weichen und aufzuklären in ihrem Kreise und erstelle dem Redner, Herrn Schriftleiter Huber, das Wort. Er führte folgendes aus: Wenn unser Volk in die alte politische Leinwand zurückfalle, wie es nach der geringen Wahlbeteiligung bei den Gemeindevahlen und den geringen Besuch der Versammlungen aller Parteien jetzt den Anschein habe, dann dürste sich das Volk nicht wundern, wenn genau wie im Jahre 1848 so wenig von dem erreicht werde, was von dem Volke erhofft werde. Dann seien die Führer wie Generale ohne Soldaten. Das sei das Unglück des deutschen Volkes von jeher gewesen, daß es so unpolitisch gewesen sei.

Er betonte, wie notwendig es sei, daß jeder Deutsche, jede Deutsche, täglich politisch treibe und daß auch die Jugend politisch in der Familie erzogen werde. Nicht Parteipolitisch, sondern politisch in der Art, daß in ihr der Sinn für die Gemeinlichkeit geweckt wird, für die Pflicht zur Mitarbeit im öffentlichen Leben. Vor allen seien die Frauen infolge ihres Hausfrauenberufes, ohne den der Staat überhaupt nicht bestehen könne, infolge der Erwerbsverhältnisse, in denen viele Frauen stehen, und infolge der hohen kulturellen Aufgaben, die die Frauen zu erfüllen haben, verpflichtet, sich politisch zu betätigen. Das Frauenwahlrecht sei eine alte Forderung der Demokratie.

Im alten Staate sei sicherlich viel veräußert worden und Notwendigkeiten zu spät erkannt worden, aber die Revolution sei doch nicht direkt aus diesen Verhältnissen heraus gekommen. Sie sei eine Militärrevolution gewesen. Ob die unmittelbare Ursache dazu, das von den Matrosen besetzte Auslaufen der Flotte gegen die englische auch wirklich hauptsächlich war, sei nicht bewiesen. Die Sozialdemokratie könne nicht für sich in Anspruch nehmen, die Revolution gemacht zu haben, und aus diesem Grunde das Bürgerium von der Mitarbeit ausschließen wollen. Wenn in der französischen Revolution das Bürgerium dieselbe Praxis geübt habe, so sei das richtig, ebenso richtig aber, daß alle Kritiker sich einig sind, daß es der schwerste Fehler der Französischen Revolution gewesen sei und zum schwersten Schaden für Frankreich ausgelassen sei. Die Demokratie der Sozialdemokraten, die eine Mitarbeit des Bürgeriums nicht wolle, sei eine ganz eigentümliche Demokratie. Die Sozialdemokratie werde einsehen müssen, daß sie gar nicht über die nötigen Kräfte verfüge, um das Bürgerium in dem Maße ausschalten zu

können, wie sie es wolle. Zu dem offenbare sich schon jetzt bei nicht wenigen sozialdemokratischen Führern ein politischer Dilettantismus, der nur zum Schaden des Volkes auslaufen könne. Die Deutsche Demokratische Partei trete einer sozialdemokratischen Klassenherrschaft entgegen. Aber sie will, daß die Arbeiter zu Volkbürgern werden und die Arbeiter zu den Bürgern stehen, wie die Bürger zu den Arbeitern stehen müßten. Sozialisierung sei auch eine Forderung der Deutschen Demokratischen Partei, wenn durch sie besser gewirtschaftet werden könne. Es sei eine falsche Vorstellung, wenn der alte Staat als kapitalistisch und der kommende als sozialistisch hingestellt werde. Auch der alte Staat sei schon auf sozialistischer Bahn gewesen und hier müsse fortgesetzt werden. Es sei aber unmöglich alles zu sozialisieren. Der Zukunftsstaat, wie ihn Bebel in seiner Form schildert, sei nicht möglich, oder wenigstens sei jetzt nicht daran zu denken. Wenn Bebel für seinen Zukunftsstaat voraussetze, daß in ihm kein Diebstahl, kein Verbrechen, keine Selbstsucht herrsche, so beweise die Welt, daß wir noch weit davon entfernt seien. Der Selbsterhaltungstrieb und der Egoismus im Menschen sind nicht zu leugnen. Dieses Sichergehen und Unterordnen und Aufgehen für die Allgemeinheit würde am allerwenigsten den Arbeitern passen.

Redner tritt mit warmen Worten vor allem für eine Belebung des Handwerks ein durch den Ausbau der Handwerkervereinigungen zu Handwerkskammern. Der alte Handwerksgeist, der seine Befriedigung findet in der Liebe zum Werke müsse wieder lebendig werden. Es dürste nicht mehr vorkommen, daß der Handwerker von der Behörde unberücksichtigt gelassen werde bei der Vergabe von Arbeit. Vor allem müsse er gegen die von der Sozialdemokratie überall erstrebte Entwicklung zu Großbetrieben im Interesse des Handwerks verfahren. Diese Zeiten, wo der Handwerker stets hinter die Großindustrie zurückgesetzt wurde müssen vorbei sein. Der Staat muß erkennen, daß er sich seiner besten Kräfte beraubt, wenn er die selbständigen Existenzen bricht. So ist es mit den Bauern. Er verlangt ebenso Landwirtschaftskammern mit besonderen Befugnissen, die das Interesse des Bauern vertreten, nicht wie es der famose Landeskulturrat tat, der nur die Vorteile des Großgrundbesitzes im Auge hatte. Es sei erwiesen, daß der große Grundbesitz keine entsprechende Viehwirtschaft treibe; daß der Feldbau im bäuerlichen Betriebe rentabler sei. Darum muß in dieser Hinsicht mit starker Hand eingegriffen werden.

Mit der Wahl zur Volkstammer und mit der Wahl des Präsidiums sei den Arbeiter- und Soldaten-Räten jede Existenzberechtigung genommen. Es sei notwendig, daß das Bürgerium sich aufreisse und eine sozialdemokratische Mehrheit auch für Sachen verhindere. Wenn die Forderungen derartig weitergingen, wie sie jetzt von der sozial. Regierung gebildet würden, dann sei der Zusammenbruch sicher. Niemand denke an das schöne Wort des Volksbeauftragten Gert, daß Sozialismus Arbeit bedeute. Die schönen Platane mit der Aufforderung an die Arbeiter zur Arbeit, gingen ohne Erfolg an den Wänden. Das Arbeitslosenheer nähme immer mehr zu und die Arbeitslosenunterstützungen würden immer größer. Wenn wir aus dem Elend herauskommen wollten, sei die erste Bedingung: arbeiten! Je rascher das allgemein erkannt werde, desto besser für unsere Kinder.

Im Schluß kam der Redner auf die Kulturforderungen der Deutschen Demokratischen Partei zu sprechen. Die Einheitschule sei eine bedingungslose Forderung. Die Bildung müsse allen gleichermaßen zugänglich gemacht werden nach dem Grade ihrer Begabung, ohne Rücksicht auf den Stand oder Geldsack der Eltern. Der Staat brauche dringend alle tüchtigen Kräfte und müsse sie heranbilden.

Ueber kirchliche und weltliche Fragen zu sprechen in öffentlichen Versammlungen, wüßte ich nicht zu sagen, da diese Fragen ihm zu heilig seien, aber nach den zum Teil erfolglosen und zum mindesten unbedeutenden Angriffen von Seiten der rechtsstehenden Parteien auf die D. D. P. sei er gezwungen, dazu zu reden. Die Trennung von Staat und Kirche werde kommen. Es sei nicht gut gewesen, daß die Kirche so eng mit dem Staat verbunden gewesen sei. Das beweise sich jetzt auch am besten darin, daß man der Kirche den Vorwurf mache, daß sie den alten Staat mit seinen Un- und Vorrechten gestützt habe. Die Kirche soll frei sein und ihre Würde dadurch aufs beste bewahrt werden. Da die Trennung von Staat und Kirche kommen müsse, sei es am besten, zur rechten Zeit dazu zu schreiten, es nicht wieder wie früher machen, wo die notwendigen Maßnahmen immer zu spät kamen. Mit einem ersten Mahnruf zur Wahlpflicht, zur politischen Mitarbeit, damit das Gute erhalten bleibe, was die Revolution gebracht habe und das Böse in ihrem Gefolge recht bald beseitigt werde, schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen, sehr durchdachten Ausführungen.

Der Versammlungsleiter dankte dem Redner und forderte die Anwesenden auf, für die deutschdemokratische Liste (Gärtner, Pöster, Laughammer) einzutreten. 37 Ansprache hatte sich niemand gemeldet.

Im Schlußwort sprach der Redner über die Fortschritte, die das neue Wahlsystem bringe. Der Wähler wählt jetzt nicht mehr seinen Heimatkandidaten wie früher, sondern das Programm einer Partei.

Mit der Aufforderung, das Deutsch-Demokratische Programm zu wählen, schloß die Versammlung.

Bankhaus Bayer & Heinze,
Lichtenstein-Callenberg,
Badergasse 6.
Hauptgeschäft Chemnitz. Schwesterfiliale Burgstädt.

Provisionsfreie Scheckrechnungen zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

Kirche und Staat.

Von maßgebender kirchlicher Seite werden wir auf folgende besondere Gefahren einer über kurz oder lang eintretenden Trennung zwischen Kirche und Staat aufmerksam gemacht:

Unter den Forderungen, die die gegenwärtige in ganz Sachsen verbreitete kirchliche Randgebäude (zur Zeit über eine halbe Million unterschätzten Wahlberechtigter) erhebt, befindet sich auch eine Abwehr jeder unsozialen Härte des Staates bei der Neuordnung seiner Verhältnisse zur Kirche. In dabei ist erster Platz an die Angehörigen und Angehörigen empfangen der Kirche gedacht, so sollte nicht übersehen

weder, das eine überflüssige Durchführung der Trennung auch im übrigen bedenkliche wirtschaftliche Erschütterungen nach sich ziehen dürfte. Das gesamte Vermögen der Bundeskirche beträgt nur ungefähr genau soviel wie der nötige Staatszuschuss eines einzigen Jahres an die Bundeskirche, wobei noch ein kleiner Teil der Vermögenserträge für Unterstützungszwecke festgelegt ist. Die einzelnen Kirchengemeinden des Landes aber sind mit einer Gesamtschuld von über 60 Millionen belastet. Ihr Kredit beruht bisher vorwiegend auf dem Kirchensteuerrecht, das sie als Korporationen des öffentlichen Rechts besitzen. Würde ihnen dieses entzogen, so wäre eine schwere Beschädigung des Kredit der Kirchengemeinden und eine starke finanzielle Schädigung öffentlicher Finanzverhältnisse als Gläubiger unausbleiblich. Sie

wäre umso bedenklicher, als die Kirchengemeinden im weitem Umfang als Arbeitgeber auftreten und gerade jetzt als Arbeitgeber für Kostendarstellungen an Arbeitslose wesentlich mit in Frage kommen würden. Es wäre gut, wenn der Volksbeauftragte für Kultur und öffentl. Unterricht, der bei Wahlversammlungen noch Zeitungsberichten versichert hat, es werde jede unsoziale Härte bei der Trennung vermieden werden, auch diese Seite der Frage beachtet. Die hier drohenden Gefahren können nur vermieden werden, wenn der Staat bei der Trennung seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Kirche in gerechter und billiger Weise ablöst.

Kirchennachrichten für Lichtenstein.
4. Sonntag n. Epiph., d. 2. Febr. 19. vorm. 9 Uhr Gottesdienst mit Predigt über Ruf. IV 16-20: von besten

Seiten (Nach). — Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst (Nach).
nachm. 3 Uhr Jugendgottesdienst für den 1. Bezirk; Thema: *Nach einmal — wer ist Gott?* (Ende.)
Mittwoch, d. 5. II., abends 8 Uhr im Konfirmandensaal Eröffnung der Bibelvorträge: *Neue Wege zur Veranschaulichung der Bibel* (Nach).
Jünglingsverein Lichtenst. 1/4 Uhr.
Kirchennachrichten für Bernsdorf
4. Sonntag nach Epiph., d. 2. Febr., vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst. Darnach Besuche und heil. Abendmahl. — Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst.
Kirchennachrichten für Söhdorf.
Freitag, den 31. Jan. abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.
Sonntag, den 1. Februar abends 1/2 Uhr Jungfrauenverein Abt. B.
Sonntag, den 2. Februar, vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Vorm. 1/2 Uhr und nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst. Abends 8 Uhr Jugendbund.
Montag, den 3. Febr. abends 8 Uhr Vorbereitung zum Kindergottesdienst.

Günther Posern Langhammer Dietel
Plauen. Meerane. Chemnitz. Zwickau.

Schwarz - Weiß - Rot!

Ergebnis der letzten Wahlen in
unserm Wahlkreis:

Demokraten: 188875.
Deutschnational: 117074.

Deutsche Männer und Frauen!

Alle zur Wahl!
Steigert die Zahl!

Deutschnational!
Liste: Beutler, Engelmann, Leithold.

EISBAHN eröffnet!
„Parkschlösschen“ Lichtenstein.



Thonfeld's Lichtspiel-Theater.

Obere Hauptstraße. — Rathausreihe.
Sonntags ab 6 Uhr Sonntag ab 2 Uhr
Der Filmstern Rosa Porten in dem prächtigen
4 aktigen Drama

Das Musikanten-Mädel.

Das noch das köstliche 2aktige Lustspiel

Maxi als Kondukteur.

Hierzu noch 3 recht hübsche Einlagen.
Schnitzwerkstatt lobet ein Familie Paul Thonfeld.

Morgen Sonnabend, Sonntag und Montag:

grosser Essig-Verkauf
(1a Qualität)
bei

Max Sachse, Callenberg, Bismarckstraße.

Ferner empfehle:
Markenfreie Suppen, Salat-Sauce, Himbeer-Eisessig,
Fleischextrakt „Bianor“, das beliebte Fleckmann-Brot,
Tornbrot usw.

Seht euch den Stimmzetteln!
Beutler und Engelmann!
Deutschnational!

Günther Posern Langhammer Dietel
Plauen. Meerane. Chemnitz. Zwickau.

Druck und Verlag von Otto Koch und Wilhelm Besser, für den gesamten Absatz verantwortlich Wilhelm Besser in Lichtenstein.

Geschäfts - Uebernahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Lichtenstein-Callenberg und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, dass ich das **Thonfeld'sche Kino** in Lichtenstein käuflich erworben habe und dasselbe unter dem Namen

„Zentral-Theater“

führen werde.

Als mehrjähriger Besitzer eines Lichtspielhauses, somit Fachmann, und durch meine guten Verbindungen mit nur ersten Film-Gesellschaften bin ich in der Lage, vom Guten stets das Beste zu bringen!

Um gütige Unterstützung in meinem Unternehmen bittend,
zeichnet hochachtungsvoll

Willy Berkmeier.

Elektro-Motor

mit Kupferwicklung, 0,6 P. S.
Dauerleistung 935 Lumen
215 Volt Drehstrom, für Auf-
schlag als Langwischer Wert
passend, sofort zu verkaufen.
Angebote unter „P. S. 215“
an die Geschäftsstelle ds. Blatte
erbeten.

Kleine Anzeigen

sind bei Aufgabe der Einzelheit
halber sofort zu bezahlen.
Die Geschäftsstelle des
„Tageblattes“.

Ein Paar veraid. Schlitt-
schuhe (40er) zu verkaufen
Gartensteiner Str. 16 I I.

Für die überaus zahlreichen, wohlthuenden
Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heim-
gange unseres lieben Vaters

Otto Hermann Meissner

sagen wir hierdurch unsern

herzlichsten Dank.

Lichtenstein, Einsiedel und Deutschgeorgen-
thal, den 31. Januar 1919.

Die trauernden Kinder und Enkel.

„Ruhe sanft!“ — „Auf Wiedersehn!“